

Projektmeldung | Madagaskar | Beratung Öffentlicher Sektor

Africa Disaster Risks Financing Programme (ADRIFI)

u.a. Entwicklung von Risikoprofilen, Frühwarnsystemen und Notfallplanung, Kapazitätsaufbau

Finanzierungsbewilligung

18.06.2019

Land:	Madagaskar
Finanzierung:	Fonds Africain de Développement (FAD)
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor
Träger:	Emergency Management and Prevention Unit (CPGU)

Der Afrikanische Entwicklungsfonds (FAD) unterstützt Madagaskar im Rahmen des Katastrophenrisikofinanzierungsprogramms für Afrika durch einen Zuschuss in Höhe von 1,5 Mio. UA. Übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der Resilienz durch die Verbesserung des Risikomanagements für Naturkatastrophen und die Anpassung an den Klimawandel. Das Programm umfasst folgende Komponenten: Entwicklung von Lösungen für das Klima-Risikomanagement; Unterstützung des Zugangs zu Lösungen für den Transfer von Katastrophenrisiken (Versicherungsprämie); Programmmanagement und -koordination.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Madagaskar

Beratung Öffentlicher Sektor / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Finanzierung / Privatisierungsvorhaben / Konjunktur / Ausschreibungsprozess / Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Projektmanagement, Evaluierung / Ausschreibungs- und Beschaffungswesen / Boden-, Erosionsschutz / IKT, übergreifend / Versicherungen / Unternehmensberatung / Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt / Software / Katastrophenschutz und -hilfe Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.